



Pressemitteilung der Initiative *Gerechte Geburt*

Maskenaffäre, Istanbul-Konvention & Gewalt in der Geburtshilfe: Politisches Versagen mit Folgen

Pinneberg, 11.07.2025 – Die Enthüllungen rund um die Maskenbeschaffung unter Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn werfen nicht nur wirtschaftliche Fragen auf, sondern offenbaren ein tiefgreifendes politisches Versagen, das Schwangere, Gebärende und geburtshilfliches Personal unmittelbar betroffen hat.

Bereits im Januar 2018 erhielt der Minister eine Bundestagspetition, die **konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung geburtshilflicher Gewalt und die Umsetzung der WHO-Empfehlungen zur Prävention forderte**. Die Petition zeigte, dass physische, psychische und strukturelle Gewalt im Kontext von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett kein Randphänomen, sondern weit verbreitet sind.

Obwohl Deutschland die Istanbul-Konvention bereits im Februar 2018 ratifiziert hatte, blieb eine Reaktion aus dem Ministerium aus. Dabei verpflichtet das Übereinkommen des Europarats zu aktiver Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt – auch in medizinischen Bereich.

Die Petition für eine umfassende Geburtshilfe reform von 2018, unterstützt von über 25.000 Menschen und zahlreichen Fachverbänden, wurde erst 2020 durch den Petitionsausschuss bearbeitet und dann lediglich als „Material“ an das Gesundheitsministerium übergeben – eine bittere Enttäuschung für Betroffene und Fachleute. **Die strukturelle Gewalt in deutschen Kreißsälen wurde durch politisches Nicht-Handeln stillschweigend akzeptiert und während der Pandemie zusätzlich verschärft.**

„Frauen wurden wissentlich gefährdet“, erklärt Mascha Grieschat, Initiatorin der Petition. „Während Milliarden für Masken ausgegeben wurden – von denen ein Großteil nie zum Einsatz kam – fehlte es an grundlegender Schutzkleidung für Personal und an transparenten Regelungen in den Kreißsälen. Statt Sicherheit gab es Ausschlussverfahren, die Väter und Begleitpersonen fernhielten und Mütter isolierten.“ Zahlreiche Berichte, z.B. *Roses Revolution*, *BlackBox Geburt (Mother Hood e.V.)*, dokumentieren die Missstände. **„Was Müttern und Familien in dieser Zeit widerfahren ist, verlangt nach Anerkennung und schonungsloser Aufarbeitung durch Politik und Gesellschaft,“** fordert Grieschat.

Auch der sogenannte „Aktionsplan – Gesundheit rund um die Geburt“, veröffentlicht 2024, bringt keine echte Wende in der Geburtshilfe. Er entpuppte sich als Sammlung unverbindlicher Absichtserklärungen ohne Umsetzungsstrategie oder Handlungsplan. Trotz einzelner Verbesserungen in Ausbildung, Leitlinien & Forschung, sprechen Kritiker von Scheinpolitik und Aktionismus ohne Wirkung.

Die Initiative für gerechte Geburtshilfe fordert:

- **Eine umfassende politische Aufarbeitung der geburtshilflichen Zustände während der Pandemie – inklusive der Arbeitsbedingungen des Fachpersonals** (Mangel an Schutzkleidung)
- **Eine öffentliche Anerkennung der politischen Verantwortung** für das jahrelange Ignorieren der Inhalte der Petition und damit der Istanbul-Konvention
- **Eine kritische Evaluation bisheriger politischer Initiativen** (wie des sogenannten „Aktionsplans – Gesundheit rund um die Geburt“) hinsichtlich geburtshilflicher Gewalt
- **Die sofortige Umsetzung konkreter Maßnahmen gegen Gewalt im Geburtshilfe-Kontext** unter Beachtung von WHO-Empfehlungen sowie zahlreichen themenverwandter Petitionen oder Forderung von Fachverbänden (z.B. Hebammen) und Vereinen (Eltern, Betroffene)

***Gerechte Geburt* fordert die Anerkennung geburtshilflicher Gewalt als systemisches Problem – und endlich politisches Handeln mit Wirkung.**